

„Dialogprogramm ‘Mensch und Medien’ für die Freie Journalistenschule Berlin“

Am 10. September 2014 besuchte eine (mit drei Personen recht kleine) Delegation der Freien Journalistenschule Berlin die KAS, um von hier aus in einen interessanten Tag zu starten. Im inhaltlichen Zentrum stand die Kommunikation in den Medien zwischen Parteien, Unternehmen und der Öffentlichkeit wie auch das journalistische Arbeiten in Brüssel allgemein. Als Vortragende waren Eva Majewski (KAS), Dr. Detlef Fechtner (Börsen-Zeitung), Kees Bos (niederländischer Pressesprecher der EVP), Ines Prainsack-Ward (Political Advisor der EVP), Melissa Günnewig (VW Group) und Eoin Drea (Forschungsdirektor am Martens Center) am heutigen Tage aktiv.

Zunächst stellte Eva Majewski die Konrad-Adenauer-Stiftung vor. Sie ging auf die verschiedenen Arbeitsprojekte und Themengebiete ein, mit denen sich die Stiftung tagtäglich befasst. Sie umschrieb den politischen Alltag und das Arbeit der Stiftung im politischen Zentrum Europas.

Anschließend wurde Herr Dr. Detlef Fechtner im Hause begrüßt. Er ist Journalist für die Börsen-Zeitung in Brüssel. Er sprach zunächst generell über die „Informationsbeschaffung“ im politischen Brüssel. Er ging hier zunächst auf die „Midday-Briefings“ ein, bei welchen die Journalisten ihre Informationen von den Pressesprechern erhalten. Er schilderte vor allem den praktischen Ablauf solcher Gespräche und welche Probleme hier auftreten können („dummes Verhalten“ der Kollegen, die zusammenhanglos oder unverständlich fragen, ...). Er erzählte der Gruppe auch, wie Nachfragen bei Abgeordneten ablaufen, dass dort meistens ein Artikel eingesandt wird mit der Frage „Stimmt das? Können wir das morgen so

bringen?“ und die Kommissions- oder Parlamentsmitglieder darauf antworten und meist noch ein eigenes Zitat im Artikel unterbringen möchten.

Insgesamt würde die Berichterstattung in Brüssel jedoch schwieriger, weil die Verknüpfungspunkte mit der Öffentlichkeit weniger und schwieriger geworden sind. Das EU-Personal ist meist nicht sonderlich bekannt und vor allem deren politische Ausrichtung ist es nicht. Er nannte das Beispiel „Wowereit“, wo man direkt an „Halodri“ denken würde. Auf EU-Ebene sei dies nicht so einfach. Zumal die politischen Fragen zum Teil viel technisches Know-how erfordern würden, was die wenigsten Leute besitzen und eine Erklärung desselben die meisten auch noch verschrecken würde. Er argumentierte, dass der „Mehrwert für den Leser erkennbar“ sein müsse. Die Krux besteht für einen politischen Reporter in Brüssel schlicht darin, die „wahre“ Geschichte schlicht aber gut verständlich und natürlich anregend für den Leser zu verpacken.

Als nächstes betrat Herr Kees Boos den Raum. Er ist der niederländische Pressesprecher der EVP-Fraktion (jedes Land hat seinen eigenen; insgesamt gibt 27, da Großbritannien keinen hat, da sie in der ECR-Fraktion sind). Sein Thema war heute „Eurokritische Parteien“. Er sagte, dass diese seiner Meinung nach nur ein „Hype“ seien. Sie zeigen Probleme auf, aber keine Lösungen, daher fehlt ihnen eine nachhaltige Anziehungskraft. Ein Problem könnte jedoch durch die immer geringer werdende Wahlbeteiligung entstehen. Diese lässt das relative Verhältnis dieser Parteien steigen. Er sprach auch kurz über die Bildung von Fraktionen, da es nicht allen eurokritischen Parteien (z.B. Front National) gelungen ist, eine solche zu gründen. Hierfür bedarf es 24

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

OLIVER MORWINSKY

September 2014

Personen aus mindestens 7 Ländern, also 25 % aller Mitgliedsländer.

Hinsichtlich der eurokritischen Parteien sei vor allem der Umgang mit ihnen und den Medien ein spannendes Thema. Hier sticht aus deutscher Sicht natürlich vor allem das Verhältnis zwischen CDU und AfD heraus. Die große Volkspartei ignoriert den Emporkömmling bislang strikt. Allerdings kann dies auf lange Sicht nicht gut gehen. Herr Boos sagte, dass die beste Demaskierung einer solchen Partei darin liegt, sie erst einmal selbst arbeiten bzw. argumentieren zu lassen. Problemlösungen sollen konstruktiv von ihr erarbeitet werden. Daran würden die meisten scheitern.

Auf die Frage, ob die Parteien nicht mehr unternehmen müssten, um die Bürger näher an die EU und ihre Institutionen und Mitglieder heranzuführen antwortete Herr Bos, dass die EVP, für die er nur spreche könne, jährlich über 1 Mio. € für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stellt. Hierunter fallen Einladungen nach Brüssel, Meet&Greet's, Besuche in Schulen und Universitäten, Veranstaltungen in Kommunen etc. Viel mehr könne man aus seiner Sicht nicht tun. Das Interesse muss auch vom Bürger selbst kommen.

Als nächstes machte sich die Gruppe auf den Weg zum Hauptsitz der EVP. Hier empfing uns **Frau Ines Prainsack-Ward**. Sie erklärte zunächst den generellen Aufbau der Partei, des Parteiensystems und die Abläufe einer Partei und ihrer täglichen Arbeit. Sie sagte, dass sie derzeit 78 Mitglieder aus 39 Ländern haben, von denen 28 die Vollmitgliedschaft besitzen. Man orientiert sich hier am Status des jeweiligen Landes zur EU (Vollmitglied, Assoziierungs- oder Beobachterstatus). In der Runde kam sodann die Frage auf, ob auch generell ein Rauschmiss einer Partei aus dem Verbund möglich sei. Hier wurde insbesondere die Verbindung zur „Orban-Partei“ in Ungarn hergestellt. Frau Prainsack-Ward sagte, dass dies generell möglich sei, sofern man zu der Einsicht kommt, dass eine gemeinsame ideologische Basis nicht mehr vorhanden sei.

Sie erklärte zudem auch kurz, wie ein EU-Beitritt formal abläuft. Hierfür gebe es 36 Schritte. Als Beispiel wurde die Türkei genannt, die gerade bei Schritt 12 – 15 stehe. Man plant im Durchschnitt pro Jahr 1 – 3 Schritte. Jedoch gibt es auch durchaus immer wieder Perioden, wo gar kein Fortschritt erzielt wird.

Sie sprach anschließend kurz über die diesjährige Europawahl und dass die Ergebnisse nunmehr eingehend von der Partei geprüft würden. Man ist sich jedoch schon darüber einig, dass eine bessere Verknüpfung zwischen den Bürgern und den Abgeordneten hergestellt werden müsse. (Ähnliches äußerte heute ja bereits Herr Dr. Fechner).

Als nächster Termin stand ein Besuch in der EU-Vertretung der VW-Gruppe an. Hier empfing uns **Frau Melanie Günnewig**. Sie erläuterte zunächst die Position ihres Büros in der Konzernstruktur. Es sei eine Art „Satellitenbüro“ für die Zentrale in Wolfsburg, welches für die Lobbyarbeit direkt vor Ort zuständig sei. Meistens werden Informationen direkt abgefangen und nach Wolfsburg geschickt, zum Teil geschieht es jedoch auch andersherum.

Ein großer Vorteil von VW sei seine Größe und seine länderübergreifende Präsenz. Damit wohne dem Konzern eine gute Macht- und Verhandlungsposition inne.

Nach dieser kurzen Einführung kam die Referentin auf das Freihandelsabkommen TTIP zu sprechen. Zum generellen Ablauf sagte sie, dass die Kommission direkt verhandelt und anschließend das Parlament wie auch die Stakeholder (wozu VW gehört) brieft. Generell ist VW für das Freihandelsabkommen, da es den Export stärkt und freie Märkte schafft. Die USA ist zudem ein großer Markt, auf welchem VW in Zukunft verstärkt Fuß fassen möchte. Wirtschaftlich machen die Zölle in den USA ca. 5% - 7% des Umsatzes aus. Vergleicht man dies jedoch mit der möglichen Standardisierung, die das TTIP ermöglicht, kommt man zu einem Überschuss von bis zu 20% (exklusive Zölle).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

OLIVER MORWINSKY

September 2014

Frau Günnewig referierte alsdann über den vorgeschlagenen Regulierungsrat. Hier spreche sich VW dagegen aus, da dies dazu führen würde, dass der politische Druck von der Sache genommen wird. Sobald das Abkommen unterschrieben und die noch ausstehenden Problemfelder in einen Regulierungsrat ausgelagert worden sind, „interessiert sich niemand mehr dafür“.

Im Allgemeinen würde das Interesse am EP durch das TTIP jedoch gesteigert. Insbesondere die entsprechenden Ausschüsse, wie der Handelsausschuss INTRA, gewinnen an Bedeutung.

Ferner kam Frau Günnewig zum Abschluss noch zum Thema Lobbyarbeit insgesamt. Die Einführung der Transparenzliste sei förderlich gewesen. Hierauf können alle Unternehmen ihre Angaben zum unternehmerischen Beitrag für Lobbyarbeit, die Umsatzzahlen und auch die Mitarbeiter benennen, die für das UN im Lobbybereich tätig sind. Die Liste sei eine Art „Prägiesiegel“.

Zum Ende des Tages besuchte die Gruppe, unter Hinzuziehung des EDS-Vorstandes, der für eine Vorstandssitzung in der Stadt war, das Wilfried-Martens-Center. Hier begrüßte sie der Forschungsdirektor **Eoin Drea**. Er sprach über die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit der EU bzw. des Euroraums.

Er ging hier zunächst auf Aussagen des EZB-Präsidenten Mario Draghi's ein, wonach Wettbewerbsfähigkeit über eine breite Riege von Maßnahmen verfügt und geregelt wird. Vor allem Investitionen und makroökonomischen Instrumente sind hier zu nennen. Ein großes Problem der Eurozone, wie auch der EU allgemein, sei die Demografie. Laut Herrn Drea würden bis zum Jahr 2035 allein 14 Mio. Arbeitnehmer benötigt, nur um das aktuelle Niveau zu halten. Ein weiteres Problemfeld würde der Klimawandel eröffnen.

Hinsichtlich der europäischen Wirtschaftskrise sei die Wettbewerbsfähigkeit ein entscheidender Faktor. Eine ihn begleitende Bedingung sei jedoch die Stärke des Fiskalpakts. Eine Aufweichung seiner Regeln wür-

de Vertrauensverlust hervorrufen, der für die Wettbewerbsfähigkeit im Allgemeinen und auferlegte Maßnahmen (der Troika) im Speziellen, Gift wäre. Insbesondere müssten die Budgetregeln des Paktes in nationales Recht übernommen werden, um ihnen eine größere Bedeutung zukommen zu lassen.

Ferner sprach Herr Drea über die Bankenunion. Ein wichtiges Ziel von ihr sei, dass Banken in Zukunft nicht mehr in der Lage seien dürfen, Staaten aufgrund des bank eigenen Missstandes „in den Abgrund zu reißen“.

Auch auf dem Energiesektor sollte seiner Meinung nach über eine „Energie-Union“ nachgedacht werden. Gerade im Lichte der zunehmenden Spannungen zu Russland sei dies eine Überlegung wert.

Allgemein sei die Öffnung des Marktes eines der Hauptgründe für eine EU-weite, verstärkte Wettbewerbsfähigkeit. Seiner Meinung nach sei die Aufrechterhaltung der EU, insbesondere im Bilde einer gemeinsamen Währung ohne weitere Integration (v.a. in der Eurozone) nicht möglich.

Sodann öffnete der Referent die Runde für Fragen. Die erste drehte sich um die **Russland-Krise und die Energieproblematik**. Herr Drea sagte, dass aus seiner Sicht vor allem die osteuropäischen Länder (aber auch Frankreich aufgrund seines hohen Nuklearenergieanteils und Großbritannien wg. zahlreicher Verträge mit Russland) die größten Probleme hätten. Die mitteleuropäischen Länder inkl. Deutschland seien allerdings nicht allzu sehr davon betroffen.

Sodann ging es um das **TTIP**. Dieses sei v.a. für die kleineren europäischen Staaten von Vorteil, speziell osteuropäische. Denn das Abkommen läuft in zweierlei Richtungen: Zum einen wird der europäische Markt für die US-Unternehmen geöffnet, aber eben auch der amerikanische für die europäischen Unternehmen.

Meine Frage, ob die **Bankenunion**, die die Steuerzahler ja eigentlich vor einer Heranziehung durch den Staat schützen soll, hin-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

OLIVER MORWINSKY

September 2014

sichtlich der Installation eines „financial backstops“ nicht einen Schritt zurück macht, beantwortete Herr Drea mit Nein. Dies sei ja nur der letzte Schritt nach der Installation des SRF (des bankenfinanzierten Fonds) und dem zuvor schon erfolgten Bail-in der Anleger bzw. Anteilseigner.

Eine abschließende Frage dreht sich um die EU. Zu Anfang sei diese ja eine ökonomische gewesen (Kohle und Stahl). Mit dem Euro sei nun eine politische Ebene hinzugekommen, zumindest eine gewollte. Wo geht es in Zukunft hin? Der Referent sagte, dass die EU durchaus einheitsfähig sei, es bislang jedoch an der notwendigen fiskalischen Integration mangeln würde. Die EU sei immer noch eine ökonomische Union, die sich bislang schwer tut, eine politische zu werden. Das Heft des Handelns liegt jedoch bei den einzelnen Mitgliedsstaaten, die diese Situation auf lange Sicht ändern müssen.